

## „Falsch gedacht, falsch geredet, falsch gehandelt“ (Volker Beck): Wie eine Debatte verstummt.

Das „Fuck-up-Tabu“ nannte es Die Zeit in September 2022<sup>1</sup>: „Politikerinnen und Politiker machen Fehler“. Aber nicht nur einzelne Personen, auch ganze Parteien können sich irren. Wenn es gut geht, werden Positionen dann als falsch erkannt und entsprechend verändert oder sogar politische Tabus über Bord geworfen. Diese schmerzhafteste Erfahrung mussten die Grünen wiederholt in ihren über 40-jährigen Geschichte machen.

Eine von vielen möglichen Fehlerquellen kann eine absolute Verbundenheit mit marginalisierten Gruppen sein. So sah es Volker Beck als er 2015, in einer Podiumsdiskussion der Heinrich-Böll-Stiftung zum Umgang der Grünen mit sexualisierter Gewalt an Kindern, die Hoffnung äußerte, die Grünen könnten sich aus den Fehlern der sogenannten Pädophilie-Debatte zu einer „lernenden Organisation“ entwickeln:

„Die Schwulen waren eine unterdrückte Minderheit – also mussten sie irgendwo auch recht haben. Was natürlich großer Unsinn ist. Einer Gruppe kann Unrecht geschehen und sie kann trotzdem gleichzeitig in anderen Punkten Unrecht haben. Diese Art einer etwas reflektierteren Herangehensweise war insbesondere in der frühen Grünen Partei Kultur ganz undenkbar und manchmal denke ich, diese Reflexe haben wir auch manchmal heute noch ... Was wir lernen müssen ist, dass bloß weil jemand *ein* richtiges Argument hat, müssen die anderen Argumenten nicht stimmen. Und diese Art von Differenzierung und der Mut zum Konflikt, der Mut zum Nachfragen und des Nichtwegschauens, ist etwas, was man als Organisation lernen kann.“ Volker Beck, 2015 <sup>2</sup>

Die Grünen waren damals in eine Diskursfalle geraten. Auf der gleichen Veranstaltung identifizierte Alexander Hensel vom Göttinger Institut für Demokratieforschung spezifische Faktoren bei der Partei, die eine „strukturelle und kulturelle Offenheit“ für bestimmte Positionen begünstigt hatten: eine „überhöhte Empathie für Minderheiten“, eine antirepressive Staatskritik und eine alternative Wissenschaftsgläubigkeit. Die Konsequenz dieser Haltungen, konstatierte Volker Beck, war, dass die Partei „falsch gedacht, falsch geredet und falsch gehandelt“ hatte.

Es ist richtig, sich für die Rechte und die Anerkennung derjenigen marginalisierten Gruppen einzusetzen, die die Linken bis in den siebziger Jahren hinein vernachlässigt hatten.

Blinde Empathie allein ist aber ein schlechter Ratgeber. Und das von der Ampelregierung anvisierte Selbstbestimmungsgesetz, das eine Änderung des Geschlechtseintrags vereinfachen und nur vom Geschlechtsempfinden der Antragstellenden abhängig machen würde, zeugt zudem von einer völlig einseitigen Empathie.

Im Umgang mit KritikerInnen dieses Vorhabens kommt eine Grüne Kultur der Einseitigkeit und Diffamierung von Gegnern zum Vorschein. Statt hinzuschauen,

Konflikte zu ertragen und Nachfragen zuzulassen, wie Beck fordert, tut die Partei alles in ihrer Macht, um jede Debatte zum Selbstbestimmungsgesetz im Keim zu ersticken.

Volker Beck selbst zeigt alles andere als die „Reflektiertheit“, die er von sich selbst und seinen Mitstreitern im Jahr 2015 gefordert hatte. Laut Beck <sup>3</sup> komme Kritik der Selbstbestimmung nur von „einige(n) wenige(n) Feministinnen. Ich habe das Gefühl, hier wird etwas erfunden, damit man Gespenster an die Wand malen kann.“ So auch in Bezug auf den von der Biologin *Marie-Luise Vollbrecht* an der Humboldt Universität gehaltenen Vortrag „Sex, Gender und warum es in der Biologie zwei Geschlechter gibt“. Beck sah darin „menschenfeindlichen Biologismus“ und sprach von kritischen Feministinnen als „Trans\*-Hass“ Befürworterinnen, die wohl von der AfD und Putin bezahlt würden.



In den 70er und 80er waren es vor allem Feministinnen innerhalb und außerhalb der Grünen Partei, die sich gegen das Ansinnen der Straffreiheit von sexuellen Handlungen zwischen Erwachsenen und Kindern gestellt hatten. Ihre kritischen Gegendiskurse fanden damals wenig Beachtung. Heute sind es wieder die Frauen, die mit dem abwertenden Label TERF eine beliebte Zielscheibe mancher Grünen geworden sind. Innerhalb der Partei mündet die Abwehr von Hinschauen und Nachfragen in aktive Verhinderungstaktiken: Abschalten von Diskussionsforen zu einem Antrag auf Debatte zum Selbstbestimmungsgesetz auf der 48. Bundesdelegiertenkonferenz<sup>4</sup>. Sperrung von wiederum vornehmlich Frauen von parteiinternen digitalen Plattformen. Löschung von Beiträgen, die Inhalten von Grünen Programmen widersprechen mit dem Argument „beschlossen ist beschlossen“. Androhung von Parteiausschlussverfahren und die mantraartige Zuschreibung als „Homophob“ oder „Transphob“. „Wer es wagt,“ sagte Trägerin des Bundesverdienstkreuzes Monika Barz taz-Redakteur Jan Feddersen im Dezember 2022, „Gesetze zu kritisieren, die qua Selbsterklärung ermöglichen, die Geschlechtszugehörigkeit zu wechseln, wird schnell als „rechts“ oder als TERF bezeichnet.“

Es wird wieder eine Strategie der Moralisierung verfolgt, die Gegner gezielt zu diskreditieren versucht. Dabei wird die gleiche Überzeugung im Recht zu sein gezeigt, die Helmut Kohl in der Spendenaffäre oder Tony Blair im Irak-Krieg antrieb.

Laut dem Parteiengesetz ist es die Aufgabe von politischen Parteien, die aktive Teilnahme von Bürgern und nicht nur Interessensgruppen am politischen Leben zu fördern. Das bedeutet, öffentliche Diskussion zuzulassen. Das mag besonders problematisch sein in einer Zeit in der „bestimmte soziale Gruppen in der Mitgliedschaft aller Parteien deutlich unterrepräsentiert und andere überrepräsentiert sind“<sup>5</sup>. Deswegen argumentiert der Philosoph Amartya Sen in seinem Buch „Die Idee der Gerechtigkeit“, dass nur durch öffentliche Diskussion Argumente unparteiisch geprüft werden können. Die wichtigsten Merkmale dieses Demokratieverständnisses sind Informations-, Meinungs- und Redefreiheit.

Eine Reform des Transsexuellengesetzes muss die Belange von Frauen (eigene Einrichtungen und Schutzräume, Sport, politische Vertretung), Kindern, Jugendlichen und der Gesellschaft als Ganzes berücksichtigen. Gute politische Lösungen werden nicht mit einer Politik der Etikettierung gefunden, die die Inhalte von Gegenargumenten ignoriert, verdrängt und zu diskreditieren versucht. Es reicht nicht, einfach wie Familienministerin Paus, apodiktisch Transfrauen zu Frauen zu erklären und Kritik mit der Feststellung abzutun, es gebe «keinen weiteren Erörterungsbedarf».

David Allison, [allison@fabrik67.de](mailto:allison@fabrik67.de)

1. <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2022-09/fehler-politik-robert-habeck-ampel-koalition>
2. <https://www.youtube.com/watch?v=qUSW0XI95Qk>, 1:17:00
3. <https://www.welt.de/politik/deutschland/article239634187/Volker-Beck-zu-Transgender-Gesetz-Geschlecht-auch-etwas-sozial-Ausgehandeltes.html>
4. <https://antraege.gruene.de/48bdk/aufforderung-zur-debatte-zum-selbstbestimmungsgesetz-19886>
5. <https://www.bpb.de/themen/parteien/parteien-in-deutschland/42035/die-rolle-und-funktionen-von-parteien-in-der-deutschen-demokratie/>